

Das Vergessen bedeutet die Niederlage!: Marsch der Zapatisten nach Mexiko-Stadt

Gabbert, Wolfgang

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gabbert, W. (2001). *Das Vergessen bedeutet die Niederlage!: Marsch der Zapatisten nach Mexiko-Stadt*. (Brennpunkt Lateinamerika, 7). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-444281>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 7

06. April 2001

ISSN 1437-6148

„Das Vergessen bedeutet die Niederlage!“ Der Marsch der Zapatisten nach Mexiko-Stadt

Wolfgang Gabbert

Nicht hoch zu Ross, wie 87 Jahre zuvor der legendäre Bauernführer Emiliano Zapata, sondern in Reisebussen erreichten am 11. März 2001 24 Kommandanten und Kommandantinnen des aufständischen Ejército Zapatista de Liberación Nacional (EZLN) und zahlreiche Unterstützer auf den Spuren ihres großen Vorbildes die Hauptstadt Mexikos. Weitaus ungewöhnlicher als die Wahl des Verkehrsmittels war der Auftritt selbst. Maskierte Mitglieder eines „Befreiungsheeres“, das sich mit der Regierung formal immer noch im Kriegszustand befindet, zogen unbewaffnet und unbehelligt ins politische Zentrum des Landes ein. Ihr Ziel war es allerdings auch nicht, die Macht zu übernehmen. Es ging lediglich darum, der Forderung nach Verfassungsänderungen zugunsten der indigenen Bevölkerung des Landes Nachdruck zu verleihen. Darüber hinaus sollte der seit vier Jahren unterbrochene Friedensprozess wiederbelebt werden, nachdem Vicente Fox von dem konservativen Partido Acción Nacional (PAN) den seit über 70 Jahren regierenden Partido Revolucionario Institucional (PRI) im Präsidentenamt abgelöst hatte. Den Abschluss der Reise der Zapatisten bildete eine Kundgebung, bei der 100.000 bis 200.000 Teilnehmer den Hauptplatz der mexikanischen Metropole füllten. In den folgenden zweieinhalb Wochen entspann sich eine Auseinandersetzung um die Frage, ob die EZLN-Vertreter ihr Anliegen auch vor dem Kongress vertreten könnten oder ob ihnen dieses Zeichen des Friedenswillens von Regierung und Parlament verwehrt würde.

1. Der „Marsch der indianischen Würde“

In den zwei Wochen nach dem Aufbruch aus ihrer Basis im Lakandonenurwald im mexikanischen Bundesstaat Chiapas zum „Marsch der indianischen Würde“ am 24. Februar hatten die Zapatisten, begleitet von befreundeten Persönlichkeiten aus aller Welt (wie der Witwe des ehemaligen französischen Präsidenten Danielle Mitterand, dem Schauspieler Robert Redford, dem Regisseur Oliver Stone, dem Gewerkschafter José Bové, dem Schriftsteller Manuel Vázquez Montalbán und dem Nobelpreisträger José

Saramago), 3.000 Kilometer zurückgelegt, zwölf der 32 Bundesstaaten des Landes durchquert und zahlreiche Solidaritätsveranstaltungen absolviert. Während der auch „Zapatour“ genannten Reise warben EZLN-Vertreter für ihr Hauptziel, nämlich die Anerkennung der „indigenen Völker“ als kollektive Rechtssubjekte durch das mexikanische Parlament. „Der Staat soll eingestehen, dass Mexiko aus verschiedenen Völkern besteht, dass diese indigenen Völker ihre eigenen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Organisationsformen haben und dass sie eine starke Beziehung zu

ihrer Erde, zu ihrer Gemeinschaft, zu ihren Wurzeln und zu ihrer Geschichte haben“, so der Guerilla-Führer Marcos in einem Interview (Ramonet 2001:1). Die Anerkennung der indianischen Autonomie bestimmten die Zapatisten als eine der Vorbedingungen für das Niederlegen der Waffen. Die Wiederaufnahme des im Januar 1997 abgebrochenen Dialogs mit der Regierung machten sie von der Ratifizierung des Abkommens von San Andrés durch das mexikanische Parlament, die Freilassung inhaftierter Anhänger des EZLN und die Räumung von sieben der mehr als 250 Armeestützpunkte in Chiapas abhängig.¹ Wenn der Staat sich weigern sollte, die Rechte der indigenen Bevölkerung anzuerkennen, drohte Marcos in einem Interview, „werden nicht nur wir wieder zu den Waffen greifen, sondern auch andere, weit radikalere, unduldsamere, verzweifeltere und gewalttätigere Bewegungen [...]. Denn die ethnische Frage kann hier wie anderswo zur Entstehung fundamentalistischer Bewegungen führen, die zu allen mörderischen Verrücktheiten bereit sind“ (Ramonet 2001:19). „Wenn wir – d.h. der EZLN und Fox – auf dem Weg des Dialoges scheitern, wird das ein klares Signal an die radikaleren Bewegungen sein [...] Der Zapatismus ist eine soziale Bewegung, die sich angesichts der Möglichkeit des bewaffneten Kampfes für den Dialog und Verhandlungen entschieden hat. Bis jetzt war sie damit jedoch nicht erfolgreich. [...] Die Regierung kann nur gewinnen, wenn sie den Gegner vernichtet. Aber dies würde einen langen Krieg bedeuten, in dem der Terrorismus in deine Straße, in dein Haus, in dein Fernsehprogramm kommen würde, ein wenig so wie in den ersten Tagen des Krieges 1994, als es zu Terrorakten kam, mit denen wir nichts zu tun hatten. Das wäre sehr schwerwiegend für die Nation. [...] Was auf dem Spiel steht, ist die Möglichkeit einer Lösung des Konfliktes. [...] Was wir Fox und

¹ Das Abkommen von San Andrés Larráinzar über indianische Rechte und Kultur war nach mehrmonatigen Verhandlungen am 16.2.1996 von Vertretern des EZLN und der damaligen Regierung unter dem PRI-Präsidenten Ernesto Zedillo unterzeichnet worden. Eine Parlamentskommission (*Comisión de Concordia y Pacificación* - COCOPA) sollte das Abkommen in eine Gesetzesvorlage umsetzen. Ihr Vorschlag beinhaltete u.a. eine Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der indigenen Völker, dessen Ausdruck die Autonomie sein sollte, die Anerkennung indigener Systeme der Konfliktregelung und Regierungsformen sowie die Möglichkeit einer kollektiven Verfügung über die Naturressourcen ihrer Territorien. Jedoch verlangte Zedillo verschiedene Änderungen insbesondere an den Ausführungen zu Autonomierechten, was die Zapatisten am 16.1.1997 ablehnten. Seitdem waren die Verhandlungen mit der Regierung unterbrochen.

vor allem dem Kongress sagen, ist: Helft uns zu verlieren [die Auflösung des EZLN als militärische Organisation]. Wenn wir mit dieser friedlichen Mobilisierung erfolgreich sind, welchen Sinn haben dann noch die Waffen für den EZLN und die [anderen] bewaffneten Bewegungen“ (Proceso 1271). Eine Veränderung oder Neuverhandlungen des San Andrés-Abkommens lehnten die Zapatisten rundweg ab.

Präsident Fox, der während des Wahlkampfes geprahlt hatte, er könne das Chiapas-Problem innerhalb von 15 Minuten lösen, versuchte zunächst, die propagandistische Offensive des EZLN abzuwehren und verkündete, es sei nicht notwendig, dass die Zapatisten in die Hauptstadt kämen. Schließlich suchte er jedoch, das Beste aus der Situation zu machen und den im ganzen Land mit großer Aufmerksamkeit verfolgten Marsch der Zapatisten für sich zu vereinnahmen: „Meine Regierung befürwortet den Marsch. Wir müssen dem EZLN Glauben schenken und ihm die Gelegenheit geben zu beweisen, dass er wirklich Frieden will. Es geht hier auch um unsere gerade erst entstehende Demokratie; wir müssen zeigen, dass sie die Beweglichkeit besitzt, unterschiedliche Denkweisen einzubinden, auch die radikalsten“ (Excelsior 18.2.2001). „Die Bundesregierung und die zapatistische Bewegung stehen bei den indigenen Forderungen und den Verfassungsreformen, welche die Rechte dieser Völker verankern sollen, auf derselben Seite“ (La Jornada 13.3.2001). „Möge der Zapatismo gewinnen, möge Marcos gewinnen, mögen die *indígenas* gewinnen“ (taz 13.3.2001).

Tatsächlich zeigt Fox ein gewisses Entgegenkommen. Bis Mitte März waren sechzig der etwa 100 inhaftierten Zapatisten freigelassen, und die Armee hatte sich aus vier Lagern in Chiapas zurückgezogen.² Auch die Gesetzesinitiative zur Umsetzung des Abkommens von San Andrés der COCOPA legte der Präsident erstmals dem Kongress vor, allerdings nicht ohne darauf hinzuweisen, dass in einigen Punkten noch Klärungsbedarf bestünde. Bei alledem musste sich Fox auch gegen *hardliner* innerhalb der Unternehmerschaft, dem PRI und seiner eigenen Partei durchsetzen. César Nava, Vizevorsitzender des PAN, nannte den EZLN ein „pseudobewaffnetes Minigrüppchen ohne jede Legitimität“ (taz 19.3.2001). Der Bischof von Ecatepec, Onésimo Cepeda, ein füh-

² Dabei war der Rückzug aus einem der Lager (Jolachoj) keineswegs freiwillig, sondern erfolgte, um größere Auseinandersetzungen zu vermeiden, nachdem 700 unbewaffnete Anhänger des EZLN auf das Gelände vorgedrungen waren und den Abzug des Militärs gefordert hatten (Azzellini 2001:5).

render Vertreter der Katholischen Kirche, bezeichnete Marcos gar als einen „Teufel“ und „einen Niemand“, wenn er die Maske nicht hätte.³ Raúl Picard del Pardo, Führer des Industrieverbandes *Cámara Nacional de la Industria de Transformación* (CANACINTRA), forderte die Festnahme der Zapatisten, sobald sie Chiapas verlassen. Ignacio Loyola, PAN-Gouverneur des Bundesstaates Querétaro, meinte gar, die Zapatisten hätten die Todesstrafe verdient. Da sie sich selbst als Armee betrachteten und gegen das Bundesheer kämpften, müsse man sie als Verräter ansehen und wie eine Invasionsarmee behandeln (LAMNR 13.2.2001:4-5).

Tatsächlich wird das Abkommen von San Andrés von konservativen Kreisen als Schritt zur Separation der indigenen Völker von Mexiko betrachtet. Derartige Befürchtungen konnte der EZLN weder durch sein betont nationalistisches Auftreten – eine mexikanische Fahne und das Absingen der Nationalhymne dürfen bei keinem seiner öffentlichen Auftritte fehlen – noch durch explizite Erklärungen zerstreuen. So bemerkte Marcos in einem Interview wenige Tage vor dem Aufbruch zur „Zapatour“: „Wir fordern keine Unabhängigkeit. Wir wollen keine Maya-Nation ausrufen oder das Land in eine Vielzahl indigener Länder zersplittern. Wir wollen die Anerkennung der Rechte eines bedeutenden Teils der Gesellschaft, eines Teils, der seine eigenen Organisationsformen besitzt und der verlangt, dass diese Formen als legitim respektiert werden“ (Ramonet 2001:1).

2. Der Auftritt vor dem Kongress – Ein Kampf um Symbole

Teile des Parlaments erwiesen sich zunächst als wenig kompromissbereit. So wurde der Wunsch der Zapatisten, im Plenarsaal des Kongresses vor den Abgeordneten und Senatoren zu sprechen, fast von der gesamten Fraktion des PAN und Teilen des PRI als nicht mit der Verfassung vereinbar zurückgewiesen (La Jornada 20. und 22.3.2001). Einen Gegenvorschlag, der ein Gespräch mit 20 Abgeordneten und Senatoren außerhalb des Plenarsaals vorsah, fassten wiederum die Zapatisten als Affront auf und kündigten

kurzfristig ihre Rückkehr nach Chiapas für den 23. März an, was die Möglichkeit einer Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen erneut in weite Ferne gerückt hätte. *Comandante Tacho* kommentierte den Vorschlag wie folgt: „Sie wollen uns an irgendeinen Ort schicken, in irgendeine Ecke, irgendein Badezimmer oder eine Küche [...]. Wir weisen den [...] Vorschlag zurück, weil er weder ein Siegel noch eine Unterschrift [der Verfasser] trägt [...]. Für uns Zapatisten und alle *indígenas* des Landes bedeutet er eine unverschämte Verhöhnung vor der Nation und den Augen der ganzen Welt. Wir sind weder gekommen, um uns verhöhnen zu lassen, noch als Bittsteller. Wir sind gekommen, damit man uns zuhört, weil die Rednerbühne des Kongresses nicht [der Regierung und den Abgeordneten] gehört sondern allen Mexikanern“ (La Jornada 21.3.2001). Daraufhin lud Fox *hardliner* aus seiner Partei, u.a. Parteichef Luis Felipe Bravo Mena und die Koordinatoren der PAN-Fraktionen im Senat und im Abgeordnetenhaus, Diego Fernández de Cevallos und Felipe Calderón Hinojosa, zu einem Treffen, bei dem er sich von der starren Position der Fraktionen distanzierte und auf die Risiken hinwies, die das Nicht-Zustandekommen eines Treffens mit Vertretern der Zapatisten bedeutete. Darüber hinaus rief er den Kongress auf, einen Weg zu finden, den EZLN doch noch zu empfangen. Fox sprach sich erneut für die Verfassungsreform zugunsten der indianischen Bevölkerung aus, sagte die Freilassung der verbliebenen zapatistischen Gefangenen und die Räumung drei weiterer Militärstützpunkte in Chiapas zu (La Jornada 21.3.2001).

Unter dem Druck der drohenden Abreise der Zapatisten setzten sich im Kongress mit knapper Mehrheit schließlich doch noch jene Abgeordneten durch, die der Delegation des EZLN ein Rederecht einräumen wollten. Allerdings stimmten nur der linke *Partido de la Revolución Democrática* (PRD) und ein Teil der PRI-Abgeordneten zu. Der PAN blieb bei seiner ablehnenden Haltung, was das keineswegs spannungsfreie Verhältnis zwischen Fox und „seiner“ Partei erneut deutlich machte. Fernández Cevallos kritisierte die Haltung des Präsidenten und bezeichnete ihn gar als „Marcos' besten Förderer, Vertreter und Publizisten“, der den Guerillaführer machen lasse, was er wolle (La Jornada 25.3.2001).

Am 28. März konnten die Vertreter der Zapatisten ihre Position dann tatsächlich im Plenarsaal des Kongresses vortragen, allerdings lediglich vor der PRD-Fraktion, einem Teil der PRI-Abgeordneten, 20 PAN-Mitgliedern der zuständigen Parlamentsausschüsse und, entgegen der

³ Demgegenüber rief die Diözese von San Cristóbal de Las Casas unter der Leitung von Bischof Felipe Arizmendi den Kongress auf, die Zapatisten anzuhören, denn die Anhörung zu verweigern, sei ungerecht und rassistisch und verstoße gegen die Menschenrechte und den Plan Gottes. Die Priester in Chiapas wurden dazu aufgerufen, den Inhalt des Abkommens von San Andrés in allen indianischen Gemeinden zu diskutieren (Proceso 1271).

vom Parteirat ausgegebenen Linie, auch zwei PAN-Senatoren (La Jornada 27. und 29.3.2001).

Entgegen den Erwartungen der Öffentlichkeit trat *subcomandante* Marcos, der populärste, jedoch nicht-indigene Vertreter des EZLN, nicht als Wortführer auf, sondern blieb dem Treffen fern. Dies kommentierte *comandante* Esther mit der lakonischen Bemerkung, Marcos sei eben nur ein Unterführer, und die 23 Anwesenden seien die *comandantes*. Die EZLN-Vertreter anerkannten die Zeichen des Friedenswillens vonseiten des Präsidenten und gaben bekannt, dass die zapatistischen militärischen Einheiten den Befehl zum Frieden erhalten hätten. Darüber hinaus sicherten sie zu, dass die sieben in Chiapas geräumten Militärlager nicht von der Guerilla besetzt würden. Neue Gespräche sollen bald aufgenommen werden. Fernando Yáñez (*comandante* Germán) wurde als offizieller Vertreter der Zapatisten benannt. Auf Regierungsseite wird ihm der Friedensbeauftragte Luis H. Alvarez gegenüberstehen.

Im Verlauf des annähernd fünfstündigen Treffens erläuterten vier Zapatisten und drei Vertreter des Nationalen *indígena*-Kongresses (CNI) ihre Haltung zur Frage der indigenen Rechte und antworteten auf Fragen der anwesenden Parlamentarier. Sie versuchten vor allem, Befürchtungen zu zerstreuen, die Gewährung von Autonomierechten könne zu Separatismus führen. Auch über so schwierige Fragen wie die Vereinbarkeit von Menschenrechten mit indigenen „Sitten und Bräuchen“ wurde debattiert. Vertreter des EZLN verwiesen auf die bestehende Spaltung des Landes durch Rassismus und den Gegensatz zwischen Arm und Reich. Die Autonomie böte eine Möglichkeit, die Nation zu einigen. Die Anerkennung der indigenen Normensysteme (*usos y costumbres*) sei durchaus mit der Wahrung der Menschenrechte zu vereinbaren. Tatsächlich gebe es auch „schlechte Bräuche“ in den indigenen Gemeinden, wie Gewalt gegen Frauen, ihre Zwangsverheiratung oder ihren Ausschluss von öffentlichen Versammlungen. Dies müsse geändert werden. Demgegenüber gelte es, die „guten Bräuche“ zu bewahren. Dazu zählen Gemeinschaftsarbeit, gegenseitige Hilfe oder eine Rechtsprechung, die nicht auf Strafe sondern auf Wiedergutmachung und Versöhnung abzielt. Hinsichtlich der Naturressourcen auf indigenem Land wurden nicht deren alleinige Kontrolle sondern Kompensationszahlungen für ihre Ausbeutung gefordert (La Jornada 29.3.2001).

3. Eine Internet-Guerilla in Zeiten der Demokratie

Die „Zapatour“ war eine Antwort auf zwei Probleme der Zapatisten, ein konjunkturelles und ein strukturelles. Das strukturelle Problem ergibt sich aus dem besonderen Charakter des EZLN, das keine klassische Guerilla ist. Das militärische Potential der Aufständischen ist gleichbleibend gering – mexikanische Militärquellen beziffern die Zahl der Kämpfer auf weniger als 500 (LAMNR 13.2.2001:4) – und der bewaffnete Kampf spielte mit Ausnahme der ersten Tage nach dem Ausbrechen des Aufstands am 1. Januar 1994 keine Rolle. Eine militärische Niederschlagung der Erhebung wurde nicht durch die Macht der zapatistischen Waffen, sondern durch die geschickte Mobilisierung der nationalen und vor allem auch der internationalen Öffentlichkeit verhindert. Dem EZLN gelang es vor allem über das Internet, ein weltweites Unterstützernetz zu mobilisieren, über das die Anliegen der Aufständischen verbreitet und Demonstrationen oder andere Unterstützungsaktionen organisiert werden konnten. Diese Struktur macht die Stärke des EZLN aus, ist jedoch auch zugleich seine Schwäche. Da die Organisation selbst nur über eine relativ geringe Zahl an wirklichen Mitgliedern und kaum über Machtmittel verfügt, bleibt ihre Wirksamkeit und selbst ihr Überleben von der ständigen Mobilisierung der Unterstützer und der Massenmedien abhängig. Insofern traf *subcomandante* Marcos das zentrale Problem seiner Organisation, als er am 11. März einen Zusammenhang zwischen dem Vergessen-Werden und der Niederlage herstellte (Proceso 1271).

In der Tat hat der Kampf um Aufmerksamkeit den Verlauf des Aufstands von Anfang an bestimmt (vgl. Gabbert 1995:217-220). Immer wieder mussten Initiativen gestartet werden, um das nachlassende Medieninteresse erneut zu wecken. So organisierten die Zapatisten im August 1994 eine „Nationale Demokratische Versammlung“ (CND) im Lakandonenurwald mit mehr als 6.000 Teilnehmern. Im August 1995 veranstalteten sie eine landesweite Volksbefragung (*Consulta Nacional por la Paz y la Democracia*) über ihre Forderungen und ihr weiteres Schicksal. Vom 29. Juli bis 3. August 1996 führten die Zapatisten ein „Internationales Treffen für die Menschlichkeit und gegen den Neoliberalismus“ mit mehr als 3.000 Teilnehmern aus 54 Ländern durch. Als Reaktion auf verstärkte militärische Aktivitäten des Bundesheeres im Einflussgebiet der Zapatisten rief der EZLN am 19. Juli 1998 zu einer „Nationalen Befragung gegen den Ausrottungs-

krieg“ für den 21. März 1999 auf, welche die politische Legitimität der indianischen Forderungen bestätigen sollte. Auch die umfangreiche publizistische und literarische Aktivität von *subcomandante* Marcos gehört in diesen Zusammenhang. Dass tatsächlich die Gefahr bestand, vergessen zu werden, zeigte sich u.a. am 12. Januar, dem siebten Jahrestag des Waffenstillstands nach dem Aufstand von 1994. Marcos hatte dazu aufgerufen, an diesem Tag die Unterstützung der Forderungen des EZLN durch Demonstrationen zum Ausdruck zu bringen. Während in San Cristóbal de Las Casas, dem Zentrum des chiapanekischen Hochlands, immerhin noch 10.000 Menschen auf die Straße gingen, demonstrierten in Mexiko-Stadt nur etwa 1.000 (LAMNR 13.2.2001:5).

Die Wahlniederlage des PRI am 2. Juli 2000 stellte die Zapatisten vor ein neues, konjunkturelles Problem. Mit Vicente Fox übernahm am 1. Dezember letzten Jahres ein Präsident das Amt, der aus einer freien Wahl hervorgegangen war. Während der EZLN seine Vorgänger Carlos Salinas de Gortari und Ernesto Zedillo vom PRI aufgrund der problematischen Wahlprozesse als Usurpatoren betrachtete und sich in die breite Bewegung für eine Demokratisierung der Gesellschaft einreihen konnte, war es unmöglich, Fox die Legitimität von vornherein abzusprechen. Auch im Bundesstaat Chiapas verlor der PRI zum ersten Mal in der Geschichte die Regierungsgewalt, und am 20. August 2000 gewann der von einer PRD-PAN-Allianz unterstützte Oppositionskandidat Pablo Salazar Mendiguchia die Gouverneurswahlen.⁴

Dass eine Neupositionierung des EZLN erhebliche Probleme aufwarf, zeigt schon die Tatsache, dass Marcos, monatelang auf seine üblichen Verlautbarungen verzichtete. Erst am 2. Dezember 2000 suchte er wieder die Öffentlichkeit, um die „Zapatour“ anzukündigen. Hatte bislang die Demokratisierung des politischen Systems Mexikos im Zentrum der zapatistischen Forderungen gestanden, scheint der EZLN nun verstärkt auf die ethnische Karte zu setzen. So nahm die EZLN-Delegation auf ihrem Weg in die Hauptstadt am Dritten Nationalen *indígena*-Kongress in Nurio, Michoacán (1.-4. März) teil. Marcos begrüßte die Zuhörer auf dem Hauptplatz von Mexiko-Stadt im Namen des *indígena*-

Kongresses und der Zapatisten. Die einzige Forderung, die er in seiner Ansprache formulierte, war die Anerkennung der indigenen Rechte und Kultur in der Verfassung (Proceso 1271).

4. Indigene Rechte und Wirtschaftspolitik

Präsident Fox hat in den letzten Wochen versucht, den zapatistischen Diskurs für sich zu vereinnahmen und mit verbalen Bekundungen seines Verständnisses für die indianische Bevölkerung nicht gespart:

„Fünfhundert Jahre der Niedertracht sind genug! Wir dürfen die indígenas nicht länger ignorieren und uns unfähig zeigen, die Armen und die marginalisierten Bevölkerungsgruppen zu integrieren. Die mexikanischen Indios wurden rassistisch gedemütigt, sie wurden in Staat und Wirtschaft ausgegrenzt, man verwehrte ihnen Bildung und Entwicklung und hinderte sie daran, sich als freie und gleichberechtigte Bürger zu äußern“ (La Jornada 15.2.2001).

Eine solche *indígena*-freundliche Rhetorik war auch den zum PRI gehörenden Amtsvorgängern Fox' keineswegs fremd. So hatte schon Präsident Salinas in einer Rede 1989 festgestellt, dass ein großer Teil der indianischen Gemeinschaften des Landes aufgrund des staatlichen Unvermögens und des Übergewichts lokaler Interessen und ungünstiger Umweltbedingungen im Vergleich zu anderen Gruppen der mexikanischen Gesellschaft benachteiligt sei. Auch Salinas hatte von der „historischen Schuld“ gegenüber den *indígenas* gesprochen, die vom Staat und von der Nation anerkannt werden müsste. Die Unterschiede in Sprachen, Kulturen, Kenntnissen und Traditionen seien eine Bereicherung für alle und vertieften die Wurzeln des Nationalismus. Zur Aufbesserung seiner infolge des Wahlbetrugs von 1988 geringen Legitimität hatte Salinas sogar eine „Nationale Kommission der Gerechtigkeit für die indianischen Völker“ einberufen und eine Reform der Verfassung veranlasst, die zum ersten Mal den multi-ethnischen Charakter Mexikos anerkannte (Gabbert 1992:32). Dies hatte jedoch Salinas keineswegs daran gehindert, 1992 den die Agrarreform betreffenden Verfassungsartikel 27 und die damit verknüpfte Agrargesetzgebung zu verändern. Die Landverteilung wurde für beendet erklärt und die Privatisierung, der Verkauf und die Langzeitverpachtung des bis dahin unveräußerlichen Bodens der Agrarreform-Dörfer (*ejidos*) und indigenen Gemeinschaften (*comunidades*) ermöglicht worden. Darüber hinaus wurden die staatlichen Garantiepreise für

⁴ Der PRI behielt aber in Chiapas die Kontrolle über den Kongress, die Mehrheit der Bürgermeisterämter, das Oberste Gericht und die wichtigsten Massenmedien des Bundesstaates, so dass die Handlungsmöglichkeiten des neuen Gouverneurs begrenzt sind.

Grundnahrungsmittel weitgehend abgeschafft und staatliche Beratungsagenturen für den kleinbäuerlichen Sektor reduziert, geschlossen oder privatisiert (Schüren 1997). All dies sind Maßnahmen, welche die interne Differenzierung in den ländlichen Gemeinden fördern und Proletarisierungstendenzen verstärken.

Präsident Fox hat zwar dem Kongress eine Gesetzesinitiative über indigene Autonomie entsprechend dem Abkommen von San Andrés vorgelegt. Doch für ihn gilt dasselbe wie für Salinas. Ein Eingehen auf die von *indígena*-Organisationen vorgebrachten Forderungen in kulturellen und selbst politischen Fragen ist durchaus möglich. Im wirtschaftlichen Bereich ist jedoch eine noch stringendere neoliberale Anpassungspolitik zu erwarten als unter seinen Amtsvorgängern. Diese wird die Lebensbedingungen der Masse der ländlichen Bevölkerung kaum verbessern. Bei der Mehrheit der Landbewohner handelt es sich jedoch um Sprecher indigener Sprachen, also genau um jenen Bevölkerungsteil, dessen wirtschaftliche Ausgrenzung Fox beklagt. So legte der Präsident beispielsweise Mitte März sein Veto gegen ein Gesetz zur Ländlichen Entwicklung (*Ley de Desarrollo Rural*) ein. Der Gesetzesentwurf war bereits vor der Präsidentenwahl am 27. April 2000 vom Abgeordnetenhaus einstimmig (!), d.h. damals auch mit den Stimmen des PAN, verabschiedet worden. Am 28. Dezember erfolgte die Annahme durch den Senat mit den Stimmen von PRI, PRD und eines PAN-Senators, während die anderen Vertreter dieser Partei den Text nun ablehnten (La Jornada 28.12.2000; Reforma 16.3.2001). Das Gesetz sieht u.a. eine Reihe von Maßnahmen vor, welche die ejidalen, kommunalen und privaten Klein- und Mittelproduzenten von Grundnahrungsmitteln begünstigt. Im Gegensatz zur Marginalisierung der Landwirtschaft seit 1982 misst das Gesetz diesem Bereich eine strategische Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung zu. Zehn Prozent der Haushaltsmittel der Bundesstaaten sollen demnach in den ländlichen Sektor fließen, zinsgünstige Kredite der öffentlichen Hand die Produktion von Nahrungsmitteln stimulieren, eine staatliche Institution zur Unterstützung der Vermarktung der Produkte dieses Sektors eingerichtet werden. Als Ziel der Agrarpolitik wird die Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln propagiert, was eine Regulierung der Nahrungsmittelimporte beinhaltet. Extrem armen Landbewohnern soll die Mitgliedschaft in der Sozialversicherung ermöglicht werden. Fox setzt demgegenüber wie seine neoliberalen Vorgänger auf landwirtschaftliche Großbetriebe. Statt des Anbaus von Grund-

nahrungsmitteln soll die Produktion von Exportgütern gefördert werden. Zur Entwicklung des armen Südens Mexikos sieht der bereits unter Zedillo erarbeitete und am 12. März öffentlich präsentierte „Entwicklungsplan Puebla-Panama“ für die nächsten sechs Jahre öffentliche Investitionen von 36 Milliarden Pesos u.a. in verschiedene Großprojekte im Infrastrukturbereich vor. Hierzu zählt die Modernisierung der transisthmischen Eisenbahn und der Bau vierspuriger Autobahnen. Darüber hinaus geht es um eine stärkere Anbindung der zentralamerikanischen Länder an das Gebiet der nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA (Proceso 1271; La Jornada 13. und 17.3.2001).

5. *Indígena*-Kongress

Vom 1. bis 3. März fand in Nurio, im Bundesstaat Michoacán, der dritte nationale *indígena*-Kongress mit 5.000 Delegierten aus 41 der 56 offiziell anerkannten „Ethnien“ (tatsächlich handelt es sich in der Regel um indigene Sprachgruppen), einer ähnlich großen Zahl von nationalen und internationalen Beobachtern und unter Beteiligung der Delegation des EZLN statt. Im Mittelpunkt der Debatten stand die Forderung nach der verfassungsrechtlichen Anerkennung der indigenen Gruppen des Landes als Völker, ihres Rechtes auf Selbstbestimmung und Autonomie, ihrer Normensysteme und Regierungsformen sowie der Nutzungsrechte über ihr Land, ihre Territorien und ihre Naturressourcen. Die Arbeitsgruppen des Kongresses beschäftigten sich ausschließlich mit der Diskussion über die Gesetzesinitiative der COCOPA und dem Abkommen von San Andrés. Sie verlangten die Aufnahme des COCOPA-Textes in die Verfassung, „ohne auch nur ein Komma daran zu verändern“ (La Jornada 4.3.2001). Zur Unterstützung dieser Forderung ist die Aufrechterhaltung einer permanenten Mobilisierung, „eine friedliche, nationale Erhebung der *indígenas* als deutliches Zeichen unseres Autonomiewunsches“ geplant. Dazu sollen auch Nicht-*indígenas* aus sozialen Bewegungen und unabhängigen Gewerkschaften eingeladen werden. Darüber hinaus wurde die Bildung „autonomer Landgemeinden“ nach chiapanekischem Muster beschlossen. „Wir sind Völker“, hieß es in der Abschlusserklärung, „weil wir in unserem Blut, in unserem Fleisch und in unserer Haut die ganze Geschichte, die ganze Hoffnung und Weisheit, die Kultur, Sprache und Identität tragen [...], die unsere Väter und Mütter uns anvertraut haben [...] Die Anerkennung unserer Territorien und unseres Landes in der Verfassung ist heilig, denn dort reproduzieren

wir unsere materielle und spirituelle Existenz als Völker [...] und erhalten unseren kommunalen Landbesitz. Nur so ist es möglich, unseren sozialen Zusammenhalt und die Formen unentgeltlicher kollektiver Arbeit zum Wohle der Gemeinschaft zu bewahren und unser Erbe und die Zukunft für die kommenden Generationen zu sichern“ (www.laneta.apc.org/cni/3cni-dec.htm; La Jornada 5.3.2001).

6. Perspektiven

Präsident Fox hat zwar immer wieder seine Bereitschaft zu Verhandlungen bekundet und auch einige Gesten des guten Willens in die Wege geleitet. Militärisch ist die Räumung von einigen Armeestützpunkten in Chiapas jedoch unbedeutend. Die Anerkennung indianischer Rechte in der Verfassung steht noch aus und ihre Umsetzung ist angesichts des Widerstands von Teilen von PAN und PRI keineswegs gesichert. Hinzu kommt die ablehnende Haltung von Unternehmergruppen, die befürchten, dass die Durchführung der geplanten Großprojekte und die Ausbeutung von Naturressourcen durch die indianische Autonomie behindert werden könnten. Die in dem COCOPA-Entwurf enthaltene Klausel zum kollektiven Besitz und zur Nutzung von Land und Ressourcen wird als Verletzung des verfassungsmäßigen Rechtes auf Privateigentum betrachtet. Hinter dem Recht, die Formen des Zusammenlebens selbst zu bestimmen, wittert das Forschungszentrum des *Congreso Coordinador Empresarial* (CCE) die Gefahr, dass „irgendeine Art von Sozialismus“ entstehen könnte (La Jornada 28.3.2001).

Wie ernst der indianistische Diskurs des neuen Präsidenten gemeint ist, wird sich erst noch erweisen müssen. So fiel Fox beispielsweise bei einer Ansprache anlässlich des 195sten Geburtstages von Benito Juárez in die seit der Revolution übliche Definition der Nation als mestizisch zurück: „Juárez erinnert uns daran, dass die Mestizisierung die Grundlage der nationalen Einheit ist, denn aus ihr entsteht das mestizische Bewusstsein, dass uns als Mexikaner kennzeichnet“ (La Jornada 22.3.2001). Das auf die Steigerung der Exporte orientierte Wirtschaftsprogramm des neuen Präsidenten wird von den Zapatisten als Fortsetzung der neoliberalen Politik der 1980er und 1990er Jahre gebrandmarkt, die zu einer Zunahme der Armut im Lande geführt hat (LAMNR 12.12.2000:1). Die Debatte um indianische Rechte hat zwar in den letzten Wochen die Diskussion um eine Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der nicht-indianischen und indianischen Armen Mexikos

an den Rand gedrängt. Eine substantielle Auseinandersetzung mit dieser Frage wird sich jedoch nicht dauerhaft aufschieben lassen.

Schließlich ist auch das Problem der paramilitärischen Gruppen in Chiapas keineswegs gelöst. In den drei Jahren nachdem Paramilitars im Ort Acteal im Dezember 1997 45 unbewaffnete Flüchtlinge brutal massakriert hatten, sind wegen dieses Verbrechens fast 100 Personen inhaftiert worden, darunter auch mittlere Regierungsbeamte.⁵ Menschenrechtsgruppen weisen jedoch darauf hin, dass hochrangige Personen, die den stundenlangen Massenmord nicht stoppten, bis heute nicht zur Verantwortung gezogen worden sind. Seit 1998 sind etwa 150 weitere Indianer getötet worden (LAMNR 9.1.2001:4-5).

Der EZLN befindet sich in einer politisch noch schwierigeren Situation als bereits während der vergangenen sechs Jahre. Ihr militärisches Drohpotential ist gering und eine Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes wäre der Bevölkerung kaum zu vermitteln, denn an der Spitze des Staates befindet sich heute ein aus anerkannt sauberen Wahlen hervorgegangener Präsident. Der gegenwärtige Zustand des EZLN als politisch-militärischer Organisation, die eigentlich gar nicht kämpfen will, ist auf Dauer nicht aufrecht zu erhalten. So äußerte Marcos in einem Interview: „Sicher ist jedenfalls, dass wir die Skimaske und die Waffen so bald wie möglich ablegen wollen. Weil wir mit offenem Gesicht Politik machen wollen“ (Ramonet 2001:1).

Die zentrale und bislang offene Frage ist jedoch, in welcher organisatorischen Form sich der EZLN in Zukunft an der mexikanischen Politik beteiligen kann. Ihre Versuche, eine eigene politische Partei zu gründen (*Frente Zapatista de Liberación Nacional*, FZLN), waren bislang nicht sehr erfolgreich. Das Verhältnis zum linken PRD ist keineswegs ungetrübt. Zwar gibt es insbesondere an der Basis eine durchaus enge Zusammenarbeit und PRD-Anhänger haben die „Zapatour“ aktiv unterstützt. Die Beziehungen zwischen den Führungen der Organisationen sind jedoch bis heute nicht frei von Spannungen. Während des Marsches der Zapatisten sollten PRD-Mitglieder beispielsweise nicht mit Partei-Insignien auftreten. Innerhalb des PRD zeichnen sich im wesentlichen zwei Haltungen gegenüber dem EZLN ab. Die Teile der Partei, die aus den sozialen Bewegungen kommen, betrachten die Zapatisten eher als Verbündete. Andere, die stärker in der Tradition des Parlamentarismus stehen

⁵ Für eine Darstellung der Hintergründe des Massakers von Acteal siehe Gabbert (2001).

und die Parteiarbeit auf diesen Bereich begrenzen wollen, wie z.B. viele ehemalige PRI-Mitglieder, sehen den EZLN – sofern es sich als eine politische Bewegung konstituiert – eher als Konkurrenz (Proceso 1271).

Nach Marcos verstehen sich die Zapatisten nicht als Revolutionäre klassischen Typs, deren Ziel die Eroberung der Macht ist, sondern als Sozialrebell, welche die Massen an der Basis organisieren und damit gesellschaftliche Veränderungen bewirken wollen. „Der Militär, und ich schließe mich da ein, ist ein alberner und irrationaler Mensch, denn er hat die Fähigkeit, auf Gewalt zurückzugreifen, um zu überzeugen [...] Deshalb sagen wir, die Militärs sollen niemals regieren, und das schließt uns ein [...] Bewaffnete Bewegungen, so revolutionär sie auch sein mögen, sind im Grunde eigenmächtige Bewegungen. Die Aufgabe einer bewaffneten Bewegung ist es, ein Problem aufzuwerfen, dann soll sie an die Seite treten. Das erreichen wir jetzt gerade, nach sieben Jahren, in den [indigenen] Gemeinden [...] Die autonomen Landkreise sind so autonom, dass sie uns gar nicht beachten. [...] Wenn wir die Anerkennung der indianischen Rechte und Kultur in der Verfassung erreichen, und ich denke wir werden das schaffen, [...] dann wird eine immense Arbeit auf uns zukommen, denn der EZLN muss noch eine Antwort auf eine Frage, eine große Unbekannte finden. Wir sind uns zwar klar darüber, was wir nicht tun werden, wenn das alles zu Ende ist, aber wir wissen nicht, was wir tun werden“ (Proceso 1271).

Literatur:

Excélsior, Tageszeitung, Mexiko-Stadt.

La Jornada, Tageszeitung, Mexiko-Stadt.

LAMNR, Latin American Mexico & NAFTA Report, London.

Proceso, Nachrichtenmagazin, Mexiko-Stadt.

Reforma, Tageszeitung, Mexiko-Stadt.

taz, Tageszeitung, Berlin

Azzellini, Dario 2001: Will Fox wirklich eine politische Lösung? In: *ila*, Bonn, Nr. 242, S. 4-7.

Gabbert, Wolfgang 1992: Von der mestizischen zur multi-ethnischen Nation – Staatspartei und Indianer im nachrevolutionären Mexiko. In: Dirmoser, Dietmar et al. (Hrsg.), *Lateinamerika – Analysen und Berichte*, Band 16. Münster: Lit 1992, S. 32-47.

Gabbert, Wolfgang 1995: Vorwärts in die Vergangenheit – Finanzkrise und Refeudalisierung der Politik in Mexiko. In: Dirmoser, Dietmar u.a. (Hrsg.), *Lateinamerika – Analysen und Berichte*, Band 19. Bad Honnef: Horlemann 1995, S. 206-224.

Gabbert, Wolfgang 2001: Staat, Paramilitärs und dörfliche Konflikte im Hochland von Chiapas, Mexiko. In: Höpken, Wolfgang und Michael Riekenberg (Hrsg.), *Politische und ethnische Gewalt in Südosteuropa und in Lateinamerika*. Köln: Böhlau 2001, S. 131-148.

Ramonet, Ignacio 2001: Marcos' großer Marsch. In: *Le Monde diplomatique*, Beilage der Tageszeitung vom 16. März 2001, S. 1, 18f.

Schüren, Ute 1997: „Land ohne Freiheit“: Mexikos langer Abschied von der Agrarreform. In: Gabbert, Karin u.a. (Hrsg.): *Lateinamerika – Analysen und Berichte*. Band 21. Bad Honnef: Horlemann 1997, S. 33-65.

Weitere Informationen zur „Zapatour“ finden sich im Internet unter www.chiapas.indymedia.org; www.narconews.org und www.ezln.org; zur Menschenrechtssituation in Chiapas: www.laneta.apc.org/cdhbcasas; zum *indígena*-Kongress: www.laneta.apc.org/cni

Autorennotiz: Priv.-Doz. Dr. Wolfgang Gabbert ist Soziologe und Ethnologe und arbeitet am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin. E-Mail: gabbert@zedat.fu-berlin.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Wolfgang Grenz und Andreas Steinhäuf; Textverarbeitung: Jens Urban

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. Einzelausgaben kosten DM 6,00 (für Studierende DM 4,00). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rz.uni-hamburg.de/IIK>